

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 zł.
monatl. 4,80 zł. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 zł. Bei
Postbezug vierteljährl. 16,08 zł., monatl. 5,36 zł. Unter Streifband in Polen monatl. 7 zł.
Danzig 2 Gld. Deutschland 2,5 R.M. — Einzelnummer 25 Gr. Sonntags 30 Gr.
Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher
keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

früher Ostsiedische Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonialzeile 30 Groschen, die 90 mm
breite Reklamezeile 150 Groschen. Danzig 20 bzw. 100 D. Pf.
Deutschland 20 bzw. 100 Goldpfg. übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platz
vorricht und schwierigem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur
schriftlich erbeten. — Offsetdruck 100 Groschen. — Für das Erscheinen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postleitzahlen: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 82.

Bromberg, Sonnabend den 9. April 1927.

51. Jahrg.

Die Albanien-Kommission.

(Von unserem Berliner Berichterstatter.)

Berlin, 7. April.

Nachdem vor längerer Zeit bereits in der französischen und englischen Presse sondiert worden ist, ob die deutsche Regierung bereit sein würde, sich an einer Untersuchungskommission zur Aufklärung der italienischen Beschuldigung gegenüber Jugoslawien zu beteiligen, ist nunmehr im Auswärtigen Amt in der Wilhelmstraße die offizielle Einladung Englands und Frankreichs eingegangen, um Deutschland zur Teilnahme an der geplanten Vermittlungskommission zwischen Italien und Süßlawien zu veranlassen. Während man jedoch bisher glaubte, daß diese Kommission allein die Vorbereitungen zur Schlichtung des Konflikts zu übernehmen haben werde, sollen jetzt unbeschadet dieser internationalen Intervention direkte Verhandlungen zwischen Rom und Belgrad eingeleitet werden. Offenbar soll diese Kommission nicht die Aufgabe haben, sofort in Aktion zu treten; sie soll sich vielmehr ihr Eingreifen für den Fall neuer Zwischenfälle vorbehalten, so daß die Berechtigung irgendwelcher Beschuldigungen von der einen oder der anderen Seite sofort an Ort und Stelle nachgeprüft werden kann. Wie verlautet, hat Deutschland grundsätzlich keine Einwendungen geltend gemacht, es hat dagegen seine Zustimmung an zwei Voraussetzungen gebunden. Die erste Bedingung geht dahin, daß sämtliche an dem Zwischenfall interessierten Mächte mit der Bildung und dem Vorgehen einer solchen Kommission einverstanden sind, die zweite, daß die Aufgaben der Kommission in einwandfreier Weise festgelegt werden, so daß also im Augenblick ihres Tätigkeitsbeginns keine Zweifel hinsichtlich ihrer Kompetenz bestehen.

Eine weitergehende Aufgabe würde Deutschland selbstverständlich nicht übernommen haben, weil es in dem Albanien-Konflikt absolute Neutralität zu bewahren und seine freundschaftlichen Beziehungen weder zu Italien, noch zu Jugoslawien zu verschärfen wünscht. Daher auch der deutsche Vorbehalt der Zustimmung sämtlicher interessierten Mächte, denn es könnte nicht ohne weiteres angenommen werden, daß Italien ohne Widerpruch die Arbeit einer solchen Kommission hinzunehmen gedachte. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung der Welt und nicht zuletzt unter dem Druck der betonten französischen Sympathien für die Sache Süßlawiens, hat Herr Mussolini seine Bedenken gegen die angedachte internationale Aktion fallenlassen. Es scheint die Rücksicht auf seine Empfindlichkeit gewesen zu sein, die die Mächte den Besluß fassen ließ, die Kommission erst dann in Aktion treten zu lassen, falls sich irgendwelche Zwischenfälle ereignen sollten, so daß also eine sofortige Tätigkeit der Kommissionsmitglieder nicht in Frage kommt. Damit ist indirekt auch bereits zugegeben, daß der jugoslawisch-italienische Konflikt von dem Augenblick an, wo seine Schlichtung aus den Händen der Großmächte wieder an die Beteiligten zurückgeht, an unmittelbarer internationaler Bedeutung und damit auch an Schärfe erfreulicherweise verloren hat.

Während Italien in erster Linie Ratifizierung der Verträge von Rettuno wünscht, legt Süßlawien Wert auf die Befestigung oder wenigstens die Milderung des Tirana-Paktes. Offiziell werden folgende Bedingungen, die Jugoslawien unter allen Umständen erfüllt zu sehen wünscht, bekannt: Italien soll in keinem Falle in Albanien intervenieren dürfen, außer mit Zustimmung des Völkerbundes; unbedingter und tatsächlicher Schutz der Unabhängigkeit und Freiheit Albaniens, wobei die persönliche Stellungnahme der Ahmed-Regierung gleichgültig ist. Italien darf sich in Albanien nicht wie in seinem Lande bewegen und dort nach Belieben militärische und politische Pläne verwirklichen. Man wird abzuwarten haben, ob Italien in dieser unbedingt Form seinen Verzicht auf seine machtpolitischen Balkanpläne aussprechen wird. In jedem Falle wird Italien Farbe bekennen müssen, um so mehr, als nach Auffassung diplomatischer Kreise die englische Regierung noch einen Sonderworschlag „im Geiste“ habe, nämlich den Vorschlag einer gemeinsamen Garantie der Unabhängigkeit Albaniens durch die Staaten: Italien, Süßlawien, Bulgarien und Griechenland.

In unterrichteten Kreisen meint man allerdings, daß der Kernpunkt des italienisch-jugoslawischen Albanienstreites weniger in dem kleinen Balkanischen Berglande, als in dem italienisch-französischen Interesse gegeben sei. Daß die französisch-italienischen Beziehungen einer Klärung bedürfen, ist jedem klar, der beobachten konnte, wie sich die Atmosphäre zwischen den beiden Ländern seit dem Regierungsantritt Mussolinis mehr und mehr mit gegenseitigem Misstrauen vergiftete. Die bekannten Reden und Ansprüche des Duce mühten in Paris häufig genug Aufmerksamkeit erwecken, um so mehr, als die Mussolini ergebene italienische Presse immer wieder von unverleidigen Ansprüchen auf Savoyen, Nizza und Korfu zu sprechen wußte. Wenn man sich auch in Frankreich den Anschein gibt, als ob man derartige Forderungen nicht ganz ernst zu nehmen habe, so ist man doch verstimmt, zumal irgendwelche separatischen Auseinandersetzungen in den drei genannten Gebieten niemals beobachtet werden konnten. Eine Diskussion über die Besitztitel hinsichtlich der Frankreich gehörenden Gebietsteile würde die französische Regierung selbstverständlich niemals zulassen, aber es ist doch immerhin bezeichnend genug, daß sich die französische Presse bereits auf die historischen Ereignisse beruft, die zu der Abtretung der genannten Gebiete geführt haben.

So sind Savoyen und Nizza nicht auf Grundeines

1815 bei Frankreich, worauf sie durch die Alliierten ohne Volksabstimmung von Frankreich wieder abgetrennt wurden. 1860 gab Italien die Provinzen an Frankreich als Belohnung für die Unterstützung im Kriege gegen Österreich zurück, durch den tatsächlich, eben mit französischer Unterstützung, die italienische Einheit geschaffen worden war. Was Korfu betrifft, so kam die Insel im Jahre 1798 auf Grund einer regelrechten Erwerbung von der genuesischen Republik an das Frankreich Ludwigs XV.

Ehe also das faschistische Italien nicht unzweideutig seine gegen Frankreich gerichteten Aspirationen aufgegeben hat, wird an eine Vereinigung der französisch-italienischen Verbündung nicht zu denken sein. Jedenfalls ist es nicht überflüssig, an diese Dinge zu erinnern, wenn man die Hintergründe des jetzt schwelenden Albanienkonfliktes zu durchschauen wünscht. . . .

Greift Außland in China ein?

Bor einer bewaffneten Intervention Sowjetrußlands in der Mandchurie.

Berlin, 8. April. PAT. In einem Telegramm aus Riga berichtet der „Tag“ auf Grund von Informationen aus mächtigendem Kreisen über angebliche breite angelegte Vorbereitungen Sowjetrußlands für eine bewaffnete Intervention in China. Die militärische Aktion der Sowjets soll auf dem Plan eines konzentrischen Angriffs auf die Mandchurie beruhen, der gleichzeitig von zwei Seiten aufgenommen werden soll, und zwar von Westen, d. h. von der Richtung der mandchurischen Eisenbahn, sowie von Osten von Blagoweschtschensk aus. Das Hauptziel dieser Aktion soll die Einnahme Charkins sein. Dieser Plan sieht auch eine aktive Hilfe der mongolischen Nationalarmee vor, die gleichzeitig mit der Roten Armee die Kriegsaktion beginnen soll. Die militärischen Kräfte, die sich vorwiegend aus Kavallerie zusammensetzen, sollen in erster Linie im Süden, d. a. an der chinesischen Grenze, angegriffen werden und von dort in das chinesische Territorium vordringen. Nach der angeblichen Meinung Rigauer Kreise weisen gewisse Erscheinungen darauf hin, daß die bewaffnete Intervention Moskaus im chinesischen Kriegsgrundstück bereits beschlossen Sache sei, und daß die Sowjets nur auf den geeigneten Augenblick warten, um mit der bewaffneten Aktion zu beginnen.

In maßgebenden japanischen Kreisen spricht man davon, daß im Kriegsministerium die Situation, die sich durch die Verlezung der Extraterritorialität der russischen Botschaft in Peking herausgebildet hat, als außerordentlich ernst angesehen wird. In einigen politischen Kreisen herrscht die Überzeugung, daß Marshall Tschangtschin mit diesem Schritt beabsichtigt habe, Russland zur Konzentrierung von Truppen an der Grenze der Mandchurie zu zwingen, Meldungen von der mandchurischen Grenze besagen, daß in der Tat in Tschita und Chabarowsk bedeutende Kontingente russischer Infanterie und Kavallerie zusammengezogen wurden. Dort befinden sich auch Truppen, die aus dem europäischen Russland eingetroffen waren.

Nach Meldungen aus Peking bestätigt sich die Meldung, daß der Revision nicht die eigentliche sowjetrussische Botschaft, sondern das Gebäude unterzogen wurde, in dem sich u. a. die Wohnungen des Militärrattachés, sowie der Vorstand der ostchinesischen Eisenbahn befindet. Um in das Bureau der ostchinesischen Eisenbahn zu gelangen, mußten die chinesischen Behörden die Genehmigung zum Überschreiten des Ausländerstadtteils nachzuholen. Das diplomatische Korps hat dieser Bitte entsprochen. Die Haussuchungen und Verhaftungen dauerten an. Insgesamt wurden bis jetzt 32 Russen und 75 Chinesen verhaftet, darunter der Führer der kommunistischen Partei Nordchinas. Während der Haussuchungen brach ein Brand aus, der entzündet wurde, um kompromittierende Dokumente zu vernichten. Marshall Tschangtschin erklärte, daß jetzt die Gefahr beseitigt worden sei, die der Erhaltung der Ruhe in Peking drohte.

Protest des diplomatischen Korps.

Peking, 8. April. PAT. Das diplomatische Korps hat den chinesischen Behörden einen energischen Protest zugemacht, in welchem festgestellt wird, daß die Chinesen die Grenzen der ihnen erteilten Ermächtigung überschritten haben, indem sie die Gebäude der sowjetrussischen Botschaft einer Revision unterzogen.

Wie die „Germania“ mitteilt, erklärte Minister Stresemann in der Außenkommission des Reichstages zur chinesischen Frage, daß sich der deutsche Gesandte in China der Ermächtigung nicht angegeschlossen habe, die den Militärabteilungen Tschangtschins zur Durchführung einer Revision in dem der Sowjetbotschaft gehörigen Gebäude gegeben wurde. Deutschland werde auch in der weiteren Entwicklung der Ereignisse die strikteste Neutralität wahren. Sollten die Kantonecen die Anerkennung der Kantonregierung durch Deutschland fordern, was in allerhöchster Zeit zu erwarten sei, so werde Deutschland in dieser Angelegenheit erst nach gehöriger Erwägung und ohne den anderen Staaten zuvorzukommen, seine Entscheidung treffen.

Nach einem Meßauer Telegramm der „Toss. Ztg.“ wurde der Einbruch der Soldaten Tschangtschins in den Botschaftsbau verhindert, der sowjetrussischen Gesandtschaft in Peking erst spät nachts durch ein Pekinger Telegramm an den Kreis gemeldet, so daß die Morgenpresse noch ohne Kenntnis dieses

Der Stand des Iloty am 8. April:

In Danzig: Für 100 Iloty 57,70
In Berlin: Für 100 Iloty 47,15
(beide Notierungen vorbörslich)
Bank Polki: 1 Dollar = 8,90
In Warschau inoffiziell 1 Dollar = 8,93%.

Zwischenfalls war. Unter großer Erregung trat der Rat der Volkssolidarität zu einer außerordentlichen Versammlung zusammen. Man erwartet schärfste Gegenmaßnahmen, wie den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Peking, die Abberufung des Selskvertretenden Gesandten für Karagan, Tschernyj, sämlicher Konsuln in Nordchina, sowie die Ausweisung des Moskauer Gesandten der Pekinger Regierung. Man erwartet ferner, daß der Zwischenfall für die Sowjetregierung der Anlaß sein wird, die südchinesische Nationalregierung als einzige rechtlische Vertretung Chinas zu betrachten.

Vor dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen?

Peking, 8. April. (PAT) Wie Neuter erfährt, hat der Außenminister der Pekinger Regierung nach der in einem von der russischen Botschaft eingenommenen Gebäude durchgeföhrten Revision einen Protest ausgearbeitet, den er dem sowjetrussischen Geschäftsträger übermitteln wird. Der Minister legt Verwahrung dagegen ein, daß die Sowjetbotschaft Verchwörer in Unterkunft gewährt und Versuche unternommen habe, das Ansehen der rechtmäßigen Regierung zu untergraben. Der russische Militär-Attache soll Dokumente verbrennen haben, durch die das Bestehen einer weitverzweigten Verschwörung hätte nachgewiesen werden können. Es wird als wahrscheinlich angegeben, daß die diplomatischen Beziehungen zwischen Peking und Moskau abgebrochen werden.

London, 8. April. (PAT) Nach Meldungen aus Peking wurden sämtliche Verbindungen mit der Sowjetbotschaft, sogar die telephonischen, unterbrochen. Der russische Botschaftsräte hat in schärfer Weise bei den Gesandtschaften gegen die Verletzung der internationalen Rechte und Tradition protest eingelebt.

Die letzte Meldung aus Peking besagt, daß Japan den Schutz der Ausländer in Peking und in Kienjin nicht übernehmen werde. Aus diesem Grunde beabsichtigt die englische Regierung, nach diesen Orten eine Militärbrigade zu entsenden. Es wird behauptet, daß Tschangtschin die Angabe habe, den sowjetrussischen Vertreter aus Peking unverzüglich auszuweisen.

Nach einer Meldung aus Shanghai hat der russische Generalkonsul Linde dem norwegischen Generalkonsul, der Doyen des Konsulatskörpers in Shanghai ist, einen Besuch abgetragen und ihm erklärt, er würde den Konsulat für die etwaige Durchführung einer Revision im Sowjetkonsulat in Shanghai, ähnlich derjenigen, die in Peking durchgeführt wurde, verantwortlich machen.

Die antirussische Aktion der Entente auf chinesischem Boden.

London, 8. April. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer „Times“-Meldung durchlief die chinesische Polizei mit Erlaubnis des französischen Konsuls die russische Dal-Bahn und das Verwaltungsgebäude der den Sowjetbehörden unterstellten chinesischen Ostbahn im französischen Konzessionsgebiet von Shanghai.

London, 8. April. (Eigene Drahtmeldung.) Shanghai antwortete auf eine Anfrage im Unterhaus, daß die Ernennung eines Botschafters bei der Sowjetregierung augenblicklich unmöglich sei.

„Deutsche Gefahr“.

Deutsche Schiffsflaggen in Bromberg eingeholt!

Bromberg, 8. April. Gestern passierten zwei deutsche Motor schiffe, die angeblich der Strombauverwaltung Breslau gehören, auf dem Wege von ihrer Baustelle Elbing nach der Oder die Brahe und den Bromberger Kanal. Die neuen Schiffe trugen die Namen „Katzbach“ und „Lohe“ und machten am Bromberger Wollmarkt fest. Sie hatten, wie das so internationaler Branch ist, die deutsche Schiffsflagge gehisst.

Nach Aussforderung eines Polizeibeamten sah sich jedoch der Transportführer genötigt, die Flaggen wieder einzudrängen, nicht ohne seinem Erstaunen über dieses Verlangen Ausdruck zu geben, da er bei seiner langjährigen Tätigkeit einen ähnlichen Zwischenfall noch nicht erlebt hätte. Andere deutsche Schiffe, die früher den gleichen Weg passierten, konnten bisher unbewandet ihre Flagge führen, die nicht nur den Staat bezeichnet, dem das Schiff zugehört, sondern gleichzeitig einen ehrenden Gruß gegenüber dem fremden Staat bedeutet, deren Gewässer sie auf Grund internationaler Vereinbarungen befahren werden.

Das deutsch-französische Handelsprovisorium ratifiziert

Berlin, 8. April. (PAT) Nach einer lebhaften Diskussion nahm gestern der Reichstag das Gesetz an, durch das die Verlängerung des deutsch-französischen Handelsprovisoriums bis zum 1. Juli d. J. ratifiziert wird.

Rauscher bei Szaleksi.

Die polnische Vorbedingung.

Warszawa, 7. April. Der deutsche Gesandte Rauscher ist gestern vom Außenminister Szaleksi empfangen worden. Wie es heißt, drehen sich die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen zurzeit um die Frage, ob Deutschland bereit sei, die Einführung von Horn- und Vorstufenöle sowie von Kohle aus Polen zu lassen. Dies soll eine grundsätzliche polnische Vorbedingung für den Abschluß eines Vertrages mit Deutschland sein.

Die Anleihe-Verhandlungen gescheitert.

(Von unserem Warschauer Correspondenten.)

Warszawa, 7. April. Die Vorschläge des amerikanischen Konsortiums, welche von den Herren Mylnarski und Krzyzanowski der polnischen Regierung vorgelegt wurden, sind von der Regierung abgelehnt worden. Den schwierigsten Punkt, um den sich die Verhandlungen der zur Entscheidung berufenen Faktoren bewegen, bildete die Forderung des Morgan-Konsortiums, daß seine Vertreter eine fachliche Kontrolle über die Verwendung des gleichen Fonds ausüben sollen und daß daher einige Amerikaner, denen entsprechende Vollmachten eingeräumt würden, in den Aufsichtsrat der "Bank Polski" aufgenommen werden sollen. Gegen diese Bedingung wehrten sich auf hartnäckige einflukreiche Vertreter des "Lewiatan", die "Bank Polska" und die "Bank Gospodarki Krajobrazowego" und sandten eine autoritative Stütze in Warschau Pilsudski, welcher diese Forderung der Amerikaner aus Prestigegründen aufs entschieden ablehnte.

In der Anleihe-A Angelegenheit ist man also zum Anfangsstadium zurückgekehrt. Die Regierung hat beschlossen, einen neuen Finanzplan auszuarbeiten und erst auf Grund dieses neuen Planes die Verhandlungen mit den amerikanischen Geldgebern wieder aufzunehmen. In Regierungskreisen glaubt man, daß diese erneuten Verhandlungen sich bis Mitte Mai hinziehen würden. Sollte bis zu diesem Zeitpunkt eine Einigung nicht erzielt werden können, wird die Anleihefrage, soweit es sich um den amerikanischen Geldmarkt handelt, erst nach Ablauf dieses Jahres wieder behandelt werden können, weil im Juni auf dem amerikanischen Emmissionsmarkt keine größere Anleihe mehr plaziert werden kann.

Heute hat sich auch das Geheimnis der sogenannten englischen Anleihe-Offensive, die als Konkurrenz gegen die amerikanische hingestellt wurde, aufgeklärt. Sie hat sich als Offerte eines Vermittlers entpuppt, der zwar eine schöne Provision verdienen möchte, aber das Kapital für Polen erst suchen will.

Nach alledem ist es klar, daß der Regierung vorläufig nichts anderes übrig bleibt als, in einem offiziellen Kommunikat des Finanzministeriums alle Pressenotizen über die Anleihe zu dementieren. Das Publikum weiß aber bereits, was es zu wissen braucht.

Die deutsche Geldquelle für führende christlich-demokratische Blätter.

Der "Robotnik" bringt eine interessante Information über gewisse Geldquellen, aus denen die Korsantyn-Presse gespeist wird. Nach den Informationen des sozialistischen Blattes findet die Angelegenheit der verheimlichten Einnahmen von den in der Katowicer "Polonia" angelegten Kapitalien ein Echo auch in Warschau, in der Aktiengesellschaft: Zaklad Graficzny (Graphische Anstalten) und Drukarnia Polska, die mit der christlich-demokratischen "Rzeczpospolita" und dem Boulevard-Blatt "A B C" zusammenhängen. In dieser Aktiengesellschaft ist Korsantyn der Finanzmann. Er war es, der dem wenig gelesenen Blatte ebenso wie der "Polonia" das nötige Kapital verschaffte. Da die Aktiengesellschaften geschäftlich dazu verpflichtet sind, öffentlich Rechnungen abzulegen, könnte auch die Gesellschaft von der Spitzelagentur (wo sich der Verlag der "Rzeczpospolita" befindet) nicht verheimlichen, daß auf der Rechnung des Herrn Korsanty gegen 100 000 zł eingeschrieben waren, und zwar als Prozente von über 2 Millionen zł kreditierten Kapitals. Dieses Einkommen hat aber Herr Korsanty bei der Steuererklärung nicht angegeben. Als infolgedessen eine Untersuchung eingeleitet worden war und Herrn Korsanty — ebenso wie in Sachen der "Polonia" — eine sehr hohe Steuerstrafe drohte, gestand er ein, daß diese Millionenkredite vom deutschen Berndt und Schlesischen Verein in Katowice hingegangen waren! Die Prozente von dieser Einnahme gehören also unzweifelhaft dem genannten Verein, und Herr Korsanty ist vom Vorwurf, sie dem Fiskus verheimlicht zu haben, frei. Wie stellt sich aber die politisch Seite der Affäre dar? Immerhin ist es interessant, daß sich gerade solche Blätter, welche von einer deutschen wirtschaftlichen Organisation subventioniert werden, allem Deutschen gegenüber durch einen besonders heiteren Eifer hervortun. Es ist für den biederem Bürgerverstand nicht leicht, sich in einem derart verworrenen Labyrinth der höheren Politik zurechtzufinden... Schon bei der Erörterung des Völkerbundentscheides über die oberschlesischen Minderheitsschulen kannten wir uns in Katowice Irrgarten nicht mehr aus.

Was sagt aber wohl der "Dziennik Handlowy" zu dieser Millionenquelle der führenden christlich-demokratischen Presse? Diese seltsamen, höchst seltsamen Entwicklungen des "Robotnik" sind eine so treffende Antwort auf das gerade in jüngster Zeit wieder neu belebte Lügenmärchen über die Berliner Abhängigkeit der deutschen Presse in Polen, daß wir selbst uns jedes weiteren Zusatzes enthalten.

Ein Kriegsrat der Piasten?

Warszawa, 8. April. Allgemeines Aufsehen rief am Mittwoch in den Wandergängen des Sejm das überaus zahlreiche Erscheinen der Abgeordneten des Piastenklubs mit dem Abgeordneten Witold an der Spitze hervor. Anwesend waren die zwei ehemaligen Handelsminister Szandrowski und Dziedzic, sowie die Abgeordneten Niedbalski, Dr. Kierulik, der Generalsekretär des Piastenklubs Dziedzic, der pommersche Piastenführer Wasilewski und andere. Die Versammlungen hielten im Büfetttraum eine längere Konferenz ab, über deren eigentlichen Zweck sie niemand eine klare Auskunft gab. Die Frage eines Pressvertreters nach dem Zweck seines polnischen Erscheinens beantwortete Abg. Witold dahin, daß es sich um Programmfragagen handle. In anderen Kreisen will man wissen, daß es Witold darum zu tun sei, die amerikanische Anleihe zu hinterziehen.

Die Angestellten des Sejmbüros dagegen erzählen, daß Witold nach Warschau gekommen sei, um hier Einkäufe für die Osterfeiertage zu tätigen. Er sei jetzt wieder im Besitz der ihm vor kurzem gestohlenen 1100 Dollar, da die Polizei die Diebe gefasst und ihnen den Raub abgenommen hatte.

Nette Brüder.

Marian Linde und Wilhelm Bau jählichen Hubert Lindes Unterschrift.

Warszawa, 7. April. Vor dem hiesigen Bezirksgericht begann der Prozeß gegen den Bruder des ehemaligen Präsidenten der Postsparkasse Marian Linde und Wilhelm Bau, die angeklagt sind, die Unterschrift Hubert Lindes auf einer Forderung von 80 000 Złoty gefälscht zu haben. Die Sache steht im Zusammenhang mit einer von der Postsparkasse erworbenen Befestigung, auf der eine Hypothek von 115 000 Rubel zugunsten eines Szajna Kronberger lastete. Die Forderung aus diesem Titel erworb Wilhelm Bau, indem er einen Teil in bar zahlte und den Rest durch einen auf 80 000 Złoty ausgestellten Scheck mit der Unterschrift Hubert Lindes beglich. Dieses Dokument will Bau von Marian Linde für seine Bemühung bei der Durchführung der Transaktion erhalten haben. Als Kronberger sich an die Postsparkasse mit der Forderung auf Zahlung des ihm zuzuhenden Betrages wandte, stellte es sich heraus, daß die Bücher der Postsparkasse eine derartige Forderung nicht aufwiesen. Hubert Linde erklärte, er habe ein solches Dokument nicht herausgegeben. Die Zahlung wurde daraufhin verweigert, und Marian Linde sowie Wilhelm Bau wurden beschuldigt, dieses Dokument gefälscht zu haben. Die Klärung der Sache wird durch das Fehlen des Originals erschwert, daß Kronberger dem Wilhelm Bau zur Aufbewahrung übergeben hatte, dann aber verschwand. Kronberger ist lediglich im Besitz der von Bau geleisteten Unterschrift.

Internationale Messe

in Poznań

— vom 1.—8. Mai 1927. —

5273

Es explodierten zwei Bomben, wobei 9 Personen verletzt wurden. Sofort wurden Maßnahmen getroffen, um weitere Unruhen vorzubürgeln. Die Nationalgarde wurde mobilisiert. 5000 Polizisten und 35 Maschinengewehrbataillone wurden aufgeboten. In den Stadtteilen, in denen sich die Verschwörer versammelten, nahm die Polizei zahlreiche Haussuchungen vor, wobei Tausende von Revolvern, Gewehren und eine Anzahl Maschinengewehre konfisziert wurden. Der Anführer der Verschwörer wurde von der Polizei erschossen.

Aus dem Bromberger Stadtparlament.

Die gefährliche Stadtvorberettsitzung konnte erst um 6.00 eröffnet werden. Bei Gründung der Sitzung war vom Magistrat allein Bürstadtpräsident Dr. Chmielarski anwesend. Die Tagesordnung umfaßte nur drei Punkte, von denen derjenige, der die Errichtung des Brauereibades betraf, vertagt wurde. Im Mittelpunkt der Besprechungen stand die

Arbeitslosenfrage.

Nach einem Referat des Stadts. Dr. Wickett wurde zunächst beschlossen, von der Wojewodschaft eine Anleihe in Höhe von 30 000 zł zu 6 Prozent Jahreszinsen für Beschäftigung von Arbeitslosen anzunehmen. Außerdem war ein Dringlichkeitsantrag des Magistrats eingelaufen, die Versammlung möge der sofortigen Ausführung folgender Arbeiten zustimmen: Neuschüttung der Tordonaer Chaussee auf einer Strecke von 2500 Metern, Kosten 46 750 zł; Neuschüttung der Thorner Chaussee auf einer Strecke von 1900 Metern, Kosten 34 570 zł; der Schwazer Chaussee auf einer Strecke von 3000 Metern, Kosten 20 000 zł; der Tordonaer Chaussee an anderen Stellen als oben genannt auf einer Strecke von 1850 Metern, Kosten 33 120 zł; ferner Wasserleitungsbau in Schwedenhöhe und Bleichfelde, Kosten 40 000 zł. Die Deckung der Kosten erfolgt aus folgenden Titeln: 29 000 zł Rest der Regierungssubventionierung zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, 30 000 zł Anleihe von der Wojewodschaft, 71 000 zł vom Bürgerwerk, 35 000 zł vom Magistrat, 38 000 zł vom Wasserwerk. Man stimmte dem Antrage zu, mit dem Zusatz, daß nur hiesige Arbeitslose bei den Arbeiten Beschäftigung finden sollen.

Die Pünktlichkeit

ist, wie auch der Beginn der gestrigen Sitzung bewies, keine Tugend der Bromberger Stadtvorberetten. Diesem Übel, wie auch der unnötigen Ausdehnung der Sitzungen abhelfen wollte ein Antrag der deutschen Stadtvorberetten, der den Beginn der Sitzung auf 10 Minuten nach angekündigter Zeit festsetzen und die Redezeit beschränken sollte. Mit diesem Antrag beschäftigte sich der Geschäftssitzungsausschuss und Stadt. Matiuszewski berichtete der Versammlung, daß der Ausschuss den Antrag ablehne. Als Hauptargument wurde angegeben, man würde sich selbst ein schlechtes Zeugnis ausspielen. Stadts. Rechtsanwalt Spyra wies darauf hin, daß es besser sei, sich selbst Beschränkung aufzulegen und dadurch dem Übel abzuholzen, als nach außen hin die gut arbeitende Versammlung schaden zu lassen. Um den Eindruck, den ein solcher Verschuldnachweis machen würde, dürfe man sich nicht hängen, sondern müsse für Besserung sorgen. Leider lehnte die Versammlung den deutschen Antrag ab und nahm dafür einen solchen des Ausschusses an, einen Altesten-Ausschuss zu wählen und die Sitzungen erst um 3/4 Uhr beginnen zu lassen.

Nach Erledigung einer Reihe kleiner Aufträge fand die öffentliche Sitzung ihr Ende und im Anschluß eine geheime Sitzung statt.

Aus Stadt und Land.

* Nowyrocław, 8. April. Einen schweren Autounfall erlitt der hiesige Kaufmann Teodor Orlowski. Auf der Strecke Kruszwica-Małyn, und zwar an der Biegung Kruszwica-Małyn lenkte der Fahrer das Auto anstatt nach rechts nach links ab und fuhr mit einer Fahrtgeschwindigkeit von 18 Kilometer die Stunde an einen Baum, was zur Folge hatte, daß der Vorderteil des Autos fast vollständig zertrümmt wurde. Herr Orlowski, der bei dem Anprall in das Glassfenster stürzte, erlitt hierbei durch die Glassplitter ziemlich erhebliche Verletzungen im Gesicht und an den linken Hand sowie am Knie, während der Chauffeur unverletzt blieb.

Łódź (Poznań), 7. April. Er hängt aufgefunden wurde auf dem Gelände der Milchfabrik, Große Berliner Straße 81, der 67jährige Wächter Andreas Werda. Die Motive der Tat sind unbekannt. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß ein Überfall in Frage kommt. Der Polizei gelang es, einen großen Kautionsabschwindel aufzudecken. Eine Firma "Wersilia", Kanonenplatz 5, deren Inhaber Ignacy Łazariewicz und Piotr Wenderski sind, engagierte mehrfach Angestellte, wobei sie diesen Kautioen von 250-800 zł abnahm. Die Angestellten wurden dann angeblich wegen Untauglichkeit entlassen, wobei aber die Kautioen nicht zurückgestellt wurden. Beide Herren mußten jetzt in die Unterfuhrhaft wandern. — Droschke und Pferd gestohlen wurde dem Kutscher und Inhaber Tomaszewski, der von einem 21-23jährigen Burschen bearbeitet wurde, einen Korb vom dritten Stockwerk eines Hauses am Grünen Platz heruntergeholt. Als T. wieder auf die Straße kam, nachdem er sich vorher überzeugen mußte, daß ein Korb überhaupt nicht abzuholen war, war der Bursche samt Gefährt verschwunden. Das Pferd ist ein 5jähriger Fuchswallach, der 165 m groß ist und dessen rechtes Vorderbein bis zum Knorpel weiß ist. — Die Schulden der Stadt Łódź belaufen sich am 31. März auf 13 236 000 zł. Die polnische Presse versucht hierbei, die polnische Verwaltung als besser hinzu stellen, indem sie hervorhebt, daß zu deutschen Zeiten die Schulden 80 Millionen Goldmark betrugen. Die Rechnung ist jedoch falsch; denn die Minderung der städtischen Schulden ist entstanden einerseits durch die polnische Inflation und die daraus folgende geringe Aufwertung; andererseits sind heute der Kommune mehr Einnahmenquellen aus Steuern usw. erschlossen als früher, die Anleihen überflüssig machen.

Im Botanischen Garten erlauscht.

— Freut mich sehr, Sie wieder frisch und munter auf den Beinen zu sehen.
— Ja, Gott sei Dank, bin endlich das furchtbare Reiben in den Beinen losgeworden.
— Wer hat Sie den geheilt?
— Niemand. Meine Heilmittel sind Gummiabsätze und Sohlen Marke "Person". Ein vortrefflicher Schutz gegen Nässe, Katarrh und Rheumatismus!

Republik Polen.

Die Militarisierung der Staatsverwaltung.

Warszawa, 6. April. Die letzte Nummer des "Dziennika Personalu" des Kriegsministeriums enthält die Verleihung von vier aktiven Majoren in die zivile Staatsverwaltung. Und zwar ist einer in das Ministerratspräsidium, zwei in das Inneministerium und einer als Verbindungsoffizier zwischen dem Kriegs- und Handelsministerium ernannt worden.

Ein Zarengeneral — katholischer Geistlicher.

In Warszawa ist der ehemalige griechisch-katholische und jetzt römisch-katholische Geistliche Włodzimierz Lesiński brocki eingetroffen, um in näheren Kontakt mit der Geistlichkeit Polens zu treten. Lesiński war zur Baronzeit General und persönlicher Adjutant des Barons Nikolaus II. Nach der Revolution trat er in ein Kloster ein, das er jedoch nach kurzer Zeit wieder verließ, um nach Rom zu pilgern, wo er Katholik wurde.

Deutsches Reich.

Die Trauerfeier für Generalmajor v. Wrangel.

Am Dienstag in der evangelischen Kirche des Invalidenhauses in der Scharnhorststraße in Berlin statt. An der Feier nahmen außer den Angehörigen des Dahlingschönen Reichspräsident von Hindenburg, General von Gramont, der den Kranz des früheren deutschen Kaisers überbrachte, Generalfeldmarschall von Mackensen, sowie viele hohe Offiziere des alten Heeres und der Marine teil, ferner zahlreiche Aboordungen von Kriegervereinen und vaterländischen Verbänden. Auf dem nahegelegenen Invalidenfriedhof wurde sodann unter Gebet und Segen und dem Feuer dreier Ehrensalven der Sarg der Erde übergeben.

Ein Reichsminister als Lebensretter.

Dem Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Reichsminister Dr. Scholz, wurde von einem Vertreter des Preußischen Staatsministeriums die Rettungsmedaille am Bande überreicht. Die Auszeichnung erfolgte auf Antrag des Bürgermeisters Augustin, den Minister Dr. Scholz im Sommer des Jahres 1924 im Ostseebad Neuhäusser unter eigener Lebensgefahr vom Tode des Ertrinkens gerettet hat.

Aus anderen Ländern.

Judenpogrome in Sowjetrussland.

Nach einer Meldung aus Homel kam es dort, sowie in anderen kleineren Städten Südweißrusslands zu antisemitischen Massakern, an denen auch die kommunistische Jugend teilnahm. Etliche Juden wurden ermordet, viele verletzt.

Stürmische Bürgermeisterwahl in Chicago.

"United Press" meldet, daß es trotz weitgehender Vorsichtsmaßnahmen am Tage der Bürgermeisterwahl in Chicago, in der Nähe des Hauptbahnhofs der demokratischen Partei, zu erneuten Zwischenfällen gekommen ist.

